

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir hoffen, Ihnen mit unserer aktuellen Newsletter-Ausgabe Anregungen für Ihre kommunalpolitische Arbeit zu geben und die Vernetzung der Bezirksverordneten und Bürgerdeputierten zu fördern.

Ihre eigenen bezirksübergreifenden Recherchen wollen wir mit der App „Berliner BVV-Inspektor“ erleichtern.

Im zweiten Teil dieses Newsletters erhalten Sie Terminhinweise auf aktuelle Veranstaltungen des KBB.

Ihr Kommunalpolitisches Bildungswerk Berlin e.V.

I. Initiativen in den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen

BVV Mitte

- **[Straßen- oder Platzbenennung nach Peter Fechter](#)**
Fraktion der SPD: Das Bezirksamt soll bei künftigen Benennungsmöglichkeiten dem Anliegen entsprechen, auch durch eine Straßen- oder Platzbenennung an die Erschießung Peter Fechters durch DDR-Grenzsoldaten bei seinem Fluchtversuch über die damalige Berliner Mauer am 17. August 1962 zu erinnern. Peter Fechter ist in die BA/BVV-Vormerkliste für Benennungen aufzunehmen.
- **[Baumspenden für Mitte dauerhaft ermöglichen](#)**
Fraktion Die Linke: Das Bezirksamt soll gezielte Baumspenden für den Bezirk möglich machen. Bisher ist dies nur möglich über die Kampagne „ Stadtbäume für Berlin“ von der „Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher und Klimaschutz“. Bei der Kampagne wechseln sich die Bezirke ab. Aktuell sind es die Bezirke Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick. Bäume an einem Standort der Wahl spenden zu können - das sollte im Bezirk dauerhaft möglich sein.
- **[Stadtteil-Gesundheitszentrum in Mitte](#)**
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Das Bezirksamt soll gegenüber dem Senat das Interesse für ein Stadtteilgesundheitszentrum bekunden und sich für dessen Ansiedlung im Bezirk einsetzen. In einem Stadtteil-Gesundheitszentrum finden sich verschiedene gesundheits- und sozialbezogene Orte in einem räumlichen Komplex wieder. Durch das

Angebot von verschiedenen ärztlichen Fachrichtungen, psychologischen Betreuung und Beratungsstrukturen zu Sozialem und Pflege, sowie kiezbezogenen Treffpunkten können Menschen mit interdisziplinären Versorgungsstrukturen ganzheitlich gesundheitlich versorgt werden. Ein Stadtteil-Gesundheitszentrum verbindet die soziale Situation mit der gesundheitlichen Situation von Patientinnen und Patienten, wodurch sowohl die Ursache von Erkrankungen besser behandelt werden kann, als auch präventiv gearbeitet wird.

– **Kostenloses Parken für behinderte Menschen**

Fraktion der CDU: Das Bezirksamt soll auf die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften einwirken, ihren Mietern mit Handicap PKW-Stellflächen auf ihren Grundstücken kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Während Menschen mit Handicap und entsprechendem Ausweis im öffentlichen Verkehrsraum kostenfrei parken können, werden sie von einigen landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften „zur Kasse gebeten“. Das widerspricht dem Recht auf umfassende Teilhabe.

– **Energiewende im Gebäudesektor, aber richtig!**

Fraktion der FDP: Das Bezirksamt soll bei der Priorisierung von Baumaßnahmen im Rahmen der Investitionsplanung die Einsparpotentiale von Endenergie als wesentlich berücksichtigen. Gebäude mit einem hohen energetischen Sanierungsbedarf sollen vorrangig bearbeitet werden.

BVV Friedrichshain-Kreuzberg

– **Genug ist Genug – kein Verständnis mehr für Kriminelle auf unseren Straßen**

Fraktion der CDU: Weiterhin finden in Friedrichshain-Kreuzberg, Berlin und auch bundesweit fast täglich Straßenblockaden durch sogenannte Klimaaktivisten statt. Die BVV Friedrichshain-Kreuzberg konstatiert, dass es genug ist, distanziert sich klar von dieser Art des radikalisierten Protestes und ruft die Demonstranten zur Mäßigung auf. Verstöße gegen das Strafrecht, die Straßenverkehrsordnung und das Versammlungsrecht müssen mit allen Mitteln des Rechtsstaates verhindert und geahndet werden. Weiter drückt die BVV Friedrichshain-Kreuzberg ihr Bedauern darüber aus, dass die sogenannte „Letzte Generation“ mit ihrer kriminellen Art des Protestes dem legitimen Anliegen des Klimaschutzes schlussendlich sogar schadet.

– **Alternative Bildungsangebote für geflüchtete Kinder schaffen**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Das Bezirksamt soll Angebote der Jugendhilfe für geflüchtete Kinder im Bezirk für den Zeitraum schaffen, im dem ihnen kein Schulplatz angeboten werden kann. Um dem akuten Fachkräftemangel entgegenzuwirken, soll das Bezirksamt prüfen, inwiefern für die sozialpädagogische Betreuung der Kinder geflüchtete Fachkräfte mit eingebunden und beschäftigt werden können.

BVV Pankow

- **Mehr Sicherheit durch aufgeweitete Radaufstellstreifen (ARAS)**
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Das Bezirksamt soll das Instrument der aufgeweiteten Radaufstellstreifen (ARAS) auch im Bezirk einführen, um die Verkehrssicherheit zu verbessern. Diese sollen unkompliziert an vielen Kreuzungen eingerichtet werden. Ein ARAS ermöglicht es Radfahrenden sich an einer Ampel vor den Autos aufzustellen. Dadurch können Radfahrende zügig nach links abbiegen, befinden sich im Sichtfeld der Autofahrenden und sind damit sicherer. Tödliche Unfälle von linksabbiegenden Fahrradfahrenden können damit vermieden werden.
- **Barrierefreier Zugang zum öffentlichen Personennahverkehr im Öffentlichen Raum**
Fraktion der FDP: Das Bezirksamt soll prüfen, wie der barrierefreie Zugang zum ÖPNV im öffentlichen Raum im Bezirk besteht. Dabei sind sowohl vorhandene Einrichtungen auf die zeitgemäße Gestaltung zu überprüfen, als auch bestehende und entstandene Lücken zu bestimmen und zu erfassen. Viele Haltestellen und Bahnhöfe im Bezirk bieten bereits Heutzutage einen barrierefreien oder barrierearmen Zugang zu den Verkehrsmitteln des ÖPNV an. Wie diverse Einzelbeispiele zeigen, gibt es jedoch häufiger als zu vermuten Probleme bei der Erreichbarkeit dieser Haltestellen und Bahnhöfe, welche in der Verantwortung der Bezirksverwaltung liegen, oder die in deren Zusammenarbeit mit Senatsbehörden und den Unternehmen fallen.
- **Parkausweis für Handwerksbetriebe müssen auch für alle Handwerksbetriebe gelten**
Fraktion der CDU: Das Bezirksamt soll sich gegenüber der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz (SenUMVK) dafür einsetzen, dass der Parkausweis für Handwerksbetriebe auch für alle Handwerksbetriebe gilt. Er gilt derzeit nicht für alle, wie bspw. Keramikhandwerk, Fahrzeug- und Maschinentechnik, Instrumentenbau, Bekleidungs-, Textil- und Lederhandwerk, Lebensmittelhandwerk, Handwerk in der Gesundheitsbranche, Handwerk in der Schönheitsbranche, Papier- und sonstige Gewerke.
- **Licht für Sicherheit im Bezirk Pankow ist notwendig!**
Fraktion der CDU: Das Bezirksamt soll sich an die Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz wenden um zu erreichen, dass die Beleuchtung an Orten städtebaulicher Kriminalitätsprävention im Bezirk nicht im Rahmen von Sparmaßnahmen zur Reduzierung des Stromverbrauchs verringert wird. Diese Orte sollten in Kooperation mit der Berliner Polizei herausgearbeitet werden. Weiterhin sollte auch zur Erreichung von Spareffekten geprüft werden, ob alle Beleuchtungskörper dem Stand der Technik entsprechen. Ggf. sollen Leuchtmittel ausgetauscht werden. Der im September beschlossene Maßnahmenkatalog zur Energieeinsparung in der öffentlichen Verwaltung des Landes Berlin geht dort zu weit, wo es um die Sicherheit von Menschen geht. Um die Sicherheit in weiten Teilen der Stadt zu gewährleisten, gehen Sicherheitskräfte eher davon aus, dass an bestimmten

Stellen weiterhin Beleuchtung notwendig ist bzw. sogar ausgebaut werden muss. In der Regel ist die Bedeutung der öffentlichen Beleuchtung am Gesamtstromverbrauch gering, wenn der heutige Stand der Technik berücksichtigt wird.

– **Bäume versetzen - Tree-Moving in Pankow praktizieren**

Fraktion der CDU: Das Bezirksamt soll prüfen, inwiefern Bäume und Gewächse aller Art, welche aufgrund von Baumaßnahmen, Sicherungsmaßnahmen oder aus anderen Gründen gefällt werden müssten, durch den Einsatz von Rundspatentechnik (Tree-Mover) verpflanzt werden können, um die Bäume zu erhalten. Ggf. kommt auch eine finanzielle Unterstützung des Senats durch geeignete Fördermittel in Betracht. Die Akzeptanz auch für notwendige Fällungen sinkt. Bäume können einige Meter versetzt oder an einem anderen Ort weiterleben. Das hier vorgeschlagene Verfahren ist seit den 1960er Jahren (Vermeer Tree Mover) erprobt, sehr erfolgreich und gehört in vielen anderen Ländern zum Standard. Die Kosten für Fällen/Entsorgung und Neupflanzungen, Aufzucht und Pflege entfallen. Es ergibt sich so auch eine deutliche Vereinfachung bei Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen.

– **Wohneigentum fördern - Vorkaufsrecht für Mieter unterstützen!**

Fraktion der CDU: Das Bezirksamt soll Mieter und Hausgemeinschaften darin unterstützen, ihr individuelles Vorkaufsrecht für selbstgenutzte Mietwohnungen wahrzunehmen. Hierzu soll das Bezirksamt auf seiner Internetseite Informationen zu den rechtlichen Grundlagen und den Fördermöglichkeiten bereitstellen. Das Bezirksamt soll sich außerdem an den Senat zu wenden und ein Förderprogramm der Investitionsbank Berlin einfordern. In der angespannten Situation des Wohnungsmarktes werden Wohnungen und ganze Gebäude zum Zweck der Ertragsoptimierung erworben oder veräußert, ohne den Mietern die Chance zu eröffnen, ihre Wohnung zu erwerben und damit finanzielle Stabilität und Sicherheit für sich zu schaffen.

BVV Charlottenburg-Wilmersdorf

– **Barrierefreie Versorgungssuche für die Kurzzeitpflege, Tagespflege, Sachleistung im Bezirk Charlottenburg- Wilmersdorf für pflegebedürftiger Menschen**

Fraktion der CDU: Das Bezirksamt soll zeitnah eine Onlineplattform schaffen, wo tagesaktuell freie Plätze in der Kurzzeitpflege, freie Tagespflegeplätze und Pflegestationen mit freien Kapazitäten im Bezirk zur Verfügung stehen. Durch akute Lebenssituationen sind kurzfristig und nicht planbar Versorgungen erforderlich. Mit der Schaffung einer Onlineplattform, wird allen Beteiligten, die Suche nach einer freien individuellen Versorgungsstruktur erleichtert. Die jeweiligen Einrichtungen können die freien Plätze täglich auf der Onlineplattform mitteilen. Der Arbeitsaufwand ist sehr gering und für alle Beteiligten in der Nutzung sehr effizient.

- **Minibaustellen im Bezirk endlich in den Griff bekommen**
Fraktion der SPD: Das Bezirksamt soll Bauabsperrungen nach mehr als acht Monaten ohne erkennbare Bautätigkeit entfernen lassen. Dem Bezirksamt wird aus aktuellem Anlass anheimgestellt, einen Überblick über genehmigte Bauaktivitäten im Bezirk z.B. durch eine Digitalisierung der erteilten Absperrgenehmigungen mit terminierter Wiedervorlagefunktion zu verbessern. Es gibt sehr viele Baustellen im Bezirk, die gar nicht benutzt werden, aber für die zu Fußgehenden oder Fahrradfahrern ein großes Problem sind.
- **Aktueller Drogen- und Suchtbericht**
Fraktion der CDU: Das Bezirksamt soll einen Drogen- und Suchtbericht für den Bezirk erarbeiten und der BVV vorstellen.
- **Monitoring zur Schaffung von Spielplatzflächen einführen**
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Das Bezirksamt soll ein Monitoring zur Schaffung von Spielplatzflächen einführen, die im Rahmen von städtebaulichen Verträgen oder nach der Berliner Bauordnung zu schaffen sind und sich bei den zuständigen Senatsverwaltungen dafür einsetzen, dass den Bezirken im Zuge der Novellierung der BauO Bln für die Abnahmen und dauerhaften Kontrollen entsprechende Personal- und Sachmittel zur Verfügung gestellt werden. Der Versorgungsgrad mit Spielplatzflächen weist nach dem Richtwert des Berliner Kinderspielplatzgesetzes in allen Bezirken ein erhebliches Defizit aus.

BVV Steglitz-Zehlendorf

- **Weiterer Ausbau der Notfallwasserversorgung in Steglitz-Zehlendorf**
Fraktion der FDP, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion der SPD, Fraktion der CDU: Das Bezirksamt soll die Straßenbrunnen (blaue Pumpen) zur Notfallwasserversorgung im Katastrophenfall oder bei einem Black-out ertüchtigen. Notwendige Neubohrungen sind zu forcieren. Ein Katastrophenfall ist nach dem Angriff der russischen Armee auf die Ukraine leider nicht auszuschließen. Auch die Energieversorgung ist aus diesem Grund gefährdet, wobei es bei einem längeren Black-Out zum Ausfall der Wasserversorgung kommen könnte. Dem sollte mit der Instandsetzung, sowie einem weiteren Ausbau der blauen Pumpen vorgebeugt werden.
- **Öffentliche Veranstaltungen hörbar machen**
Fraktion Die Linke: Das Bezirksamt soll eine mobile Beschallungsanlage anschaffen, die es bei Veranstaltungen im Freien dem Publikum ermöglicht, den Reden zu folgen.
- **Ressourcen schonen – unsinnige Papierverschwendung stoppen!**
Fraktion Die Linke: Das Bezirksamt soll bei allen Druckerzeugnissen – seien es Einladungen, Informationsflyer oder andere Papiere – die keine vertraulichen Informationen enthalten und über Hauspost verteilt werden auf Briefumschläge verzichten. Zudem soll geprüft werden, inwieweit Einladungen, die den Verordneten zugehen, ebenso ausschließlich über die Hauspost verteilt werden, um Briefumschläge und Porto zu sparen.

– **Runder Tisch Kleingewässer und ökologische Aufwertung des Bäketeiches**

Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion der FDP: Das Bezirksamt soll einen Runden Tisch Kleingewässer initiieren, mit dem Ziel die Kleingewässer in unserem Bezirk zu erhalten und sukzessive deren Situation zu verbessern. Kleingewässer in Berlin liegen in der Verantwortung der Bezirke. Sie erfüllen eine wichtige Funktion für die Artenvielfalt. Aufgrund der heißen Sommer drohen weitere Kleingewässer auszutrocknen und fallen somit als wichtige Biotope aus. Die EU-Wasserrahmenrichtlinie zwingt uns zum Handeln. Seit Jahren sollten alle Gewässer schon in einem guten Zustand gebracht sein.

BVV Tempelhof-Schöneberg

– **Seniorenerechte Bänke im öffentlichen Raum**

Bezirksverordnetenvorsteher: Die Bezirksverwaltung soll bei einem Austausch bzw. einer Neuanschaffung von Sitzbänken im öffentlichen Raum auf eine seniorenerechte Ausführung achten. Um das Aufstehen und Setzen zu erleichtern ist dabei vor allem die Sitzhöhe zu beachten. Die Gestaltung der Bänke mit Armlehnen erhöht die Komfortabilität ebenfalls erheblich. Die geforderte und gewünschte Barrierefreiheit oder zumindest Barrierearmut insbesondere im öffentlichen Raum erfordert auch entsprechende Ruhemöglichkeiten für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen.

– **Raum für Volkshochschulkurse schaffen**

Fraktion der CDU: Das Bezirksamt soll prüfen, ob alle bezirklichen Jugendfreizeiteinrichtungen während ihrer Schließzeiten von der Volkshochschule genutzt werden können.

– **Tempelhof-Schöneberg als Modellbezirk für vorbildliche Schulreinigung**

Fraktion der FDP: Das Bezirksamt soll die bestehenden Verträge mit Reinigungsfirmen insoweit ausweiten, dass Schulräume mit doppelter Nutzung vormittags und nachmittags (Schulbetrieb und Hortbetrieb) zweimal täglich gereinigt werden. Außerdem sollen die erbrachten Reinigungsleistungen an den Schulen von einer dazu ermächtigten Person täglich kontrolliert werden. Etwaige Mängel bei der Schulreinigung sind schriftlich zu dokumentieren und dem Bezirksamt unverzüglich zu melden. Die Person ist Schülern, Lehrern und Eltern als Ansprechperson bekannt zu geben. Regelmäßig berichten Schüler über ungereinigte Toiletten, wo weder Papier noch Seife vorhanden sind. In der vergangenen Wahlperiode wurden versuchsweise die Geldmittel und die Aufträge zur Schul- und Toilettenreinigung aufgestockt. Dadurch haben sich vorübergehend deutliche Verbesserungen der Reinigungsleistung ergeben.

– **Katastrophenschutz in Tempelhof-Schöneberg transparenter machen**

Fraktion der CDU: Das Bezirksamt soll auf seiner Internetseite ausführliche Informationen zum bezirklichen Katastrophenschutz bereitstellen. Außerdem soll das Bezirksamt prüfen, in welchen Räumen der Katastrophenschutzstab

arbeiten kann, wenn die eigentlich vorgesehenen Stabsräume aufgrund einer Katastrophenlage nicht erreicht oder genutzt werden können. Die benötigte Infrastruktur ist dort sicherzustellen.

BVV Neukölln

- **Berliner Fahrradverleihsystem auf ganz Neukölln erweitern**
Fraktion der SPD: Das Bezirksamt soll die Ausweitung des bestehenden Berliner Fahrradverleihsystems unterstützen. Es soll sich gegenüber dem Senat für eine möglichst vollständige Abdeckung des Bezirks als Geschäftsgebiet einsetzen. Des Weiteren soll sich das Bezirksamt für die Errichtung von Leihstationen in allen Ortsteilen einsetzen, insbesondere an den U-Bahnhöfen, in den Ortsteilzentren sowie im Umfeld von großen Arbeitsstätten. Entsprechend geeignete Abstellflächen sollen im öffentlichen Raum für die Einführung vorgehalten werden.
- **Re-Start Einbürgerungsfeiern**
Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion der CDU, Fraktion Die Linke, Fraktion der FDP: Das Bezirksamt soll die Einbürgerungsfeiern in würdigem Rahmen wiederaufnehmen. Die Neuköllner Einbürgerungsfeiern sind weit über den Bezirk hinaus bekannt geworden, weil sie den Eingebürgerten eine große Wertschätzung entgegen gebracht haben. Viele Eingebürgerte berichteten, dass die Feierstunde ihnen sehr viel bedeutet hat.
- **Failed District Neukölln. Brandschutz an Schulen und Kitas sicherstellen**
Fraktion der FDP: Das Bezirksamt soll als zuständige Bauaufsichtsbehörde die gesetzlich vorgeschriebenen Brandsicherheitsschauen in Schulen, Kitas und anderen Bildungseinrichtungen ordnungsgemäß durchführen. Dazu gehören insbesondere die Durchführung innerhalb der vorgeschriebenen Fristen sowie die zeitnahe Verfolgung der Beseitigung festgestellter Brandschutzmängel. Wesentliche Vorgaben für die Brandschutzkontrollen hat die für Bauen zuständige Senatsverwaltung in der Verordnung über den Betrieb von baulichen Anlagen (Betriebs-Verordnung (BetrVO) vom 10. Oktober 2007 verbindlich geregelt. Im Jahresbericht 2022 berichtet der Rechnungshof von Berlin, dass das Bezirksamt Neukölln in diesem Bereich seinen Pflichten in erheblichem Umfang nicht nachgekommen ist.
- **Keine Fahrräder auf Autoparkplätzen**
Fraktion der FDP: Das Bezirksamt soll sich beim Senat dafür einsetzen, dass die beschlossene Änderung der Parkgebühren-Ordnung, die das kostenlose Abstellen von Fahrrädern, Pedelecs oder Lastenrädern auf Autoparkplätzen ermöglicht, wieder zurückgenommen wird. Parkplätze sind ein knappes Gut. Die Änderung der Parkgebühren-Ordnung gefährdet den Frieden zwischen den Beteiligten im Straßenverkehr. Auch benachteiligt es diejenigen, die mit dem Auto aus den Außenbezirken in die Innenstadt müssen. Gute Verkehrspolitik funktioniert im Miteinander, nicht im Gegeneinander.

- **Flexible Kinderbetreuung in Stadtteil- und Familienzentren**
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Das Bezirksamt soll gemeinsam mit den Stadtteil- und Familienzentren des Bezirkes eine flexible Kinderbetreuung nach dem Vorbild aus Lichtenberg entwickeln und anbieten. Veranstaltungen finden oftmals außerhalb der regulären Öffnungszeiten von Kinderbetreuungsstätten statt. Für diese und andere Fälle gibt es in 10 Lichtenberger Stadtteil- und Familienzentren sogenannte flexible Kinderbetreuung, bei der Alleinerziehende ihre Kinder flexibel und spontan für ein paar Stunden von geschultem Personal beaufsichtigen lassen können.
- **Ehemalige DB-Flächen am Habermannsee für das Ökokonto anmelden**
Fraktion der CDU: Das Bezirksamt soll die ehemaligen DB-Flächen im Rahmen der Gesamtstädtischen Ausgleichskonzeption in bezirkliches Vermögen überführen und als Potenzialflächen für das Ökokonto anmelden. Die derzeit noch bei der DB befindlichen Flächen sollten im Sinne des Erhalts und der Entwicklung des Landschaftsschutzgebietes sowie der öffentlichen Zugänglichkeit erworben werden. Die Flächen sollten schnellstmöglich überführt werden, damit eine Veräußerung an Dritte vermieden werden kann.
- **Jobvermittlungsbustouren für und mit Jugendlichen wieder im Bezirk etablieren – Weil es für die Jugendlichen wichtig ist!**
Fraktion der SPD: Das Bezirksamt soll die Jobvermittlungstouren für Jugendliche und junge Erwachsene im Bezirk ab 2023 wieder etablieren. Die Angebote sollten vor allem in den Monaten kurz vor und nach Schulabschluss verstärkt und in allen Bezirksregionen angeboten werden. Das Ziel dieser Bustouren ist, dass die Jugendlichen die bezirklichen Unternehmen kennenlernen und durch den direkten Kontakt sich schneller für eine Ausbildung oder ein Studium entscheiden können. Mit diesen Bustouren wird zu einem die lokale Wirtschaft und Verwaltung unterstützt, aber auch den jungen Erwachsenen im Bezirk eine echte Chance gegeben.
- **Information zu inklusives Angebot von Schulen und Sportvereinen bereitstellen**
Fraktion der Tierschutzpartei: Das Bezirksamt soll über im Bezirk ansässige inklusive Angebote von Schulen und Sportvereinen informieren. Informationsmaterial soll in allen öffentlichen Einrichtungen sowie beim Bezirksamt selbst zur Verfügung stehen. Dabei sollen entsprechende Informationen barrierefrei und mehrsprachig bereitgestellt werden und zentral auffindbar sein.
- **Mehr Unterstützung für Obdachlose Menschen**
Fraktion der SPD: Das Bezirksamt soll sich bei den zuständigen Stellen dafür einsetzen, dass die Kältehilfe im Bezirk die Möglichkeit schafft, obdachlosen Menschen das Mitbringen Ihrer Hunde in die Unterkunft zu ermöglichen. Um auch die Versorgung der Hunde sicher zu stellen, soll die Berliner Tiertafel einbezogen werden. Des Weiteren sollen die Öffnungszeiten von bisher 20.00

- 08.00 Uhr erweitert werden. Durch eine längere Aufenthaltszeit müssen die Menschen nicht schon in den frühen Morgenstunden auf die Straße
- **Entlasten, ohne zu belasten: Keine Erhöhung der Gebühren für Müllabfuhr und Straßenreinigung**
Fraktion der CDU: Das Bezirksamt soll sich vor dem Hintergrund steigender Belastungen für Privathaushalte ggü. dem Senat gegen die Erhöhung der Gebühren für Müllabfuhr und Straßenreinigung einsetzen. Privathaushalte und Unternehmen sind derzeit durch die steigenden Energiepreise massiv belastet. Die Gebührenerhöhung zu Beginn des neuen Jahres belastet diese zusätzlich.
- **Mieter dürfen nicht für verkorkste Stadtentwicklung zur Kasse gebeten werden – Stellplätze mitplanen, statt Mieter zu belasten**
Fraktion der CDU: Das Bezirksamt soll sich gegenüber der Stadt und Land-Wohnungsgesellschaft für den Erhalt kostenfrei nutzbarer Stellplätze einsetzen. Darüber hinaus soll das Bezirksamt insbesondere gegenüber den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften auf die Errichtung einer ausreichenden Anzahl an Stellplätzen im Zuge von Neubauvorhaben hinwirken. Mit neuen Wohnungen gehen auch neue Bedarfe einher: Dazu zählen Schulen, Kitas, Arztpraxen und auch Stellplätze. In den letzten Jahren wurde dies allerdings vollkommen ausgeblendet. Neue Wohnungen entstanden ohne die dazugehörige Infrastruktur.

BVV Lichtenberg

- **Digitale Europakarte für Lichtenberg**
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Das Bezirksamt soll prüfen, wie eine Übersicht der EU-Förderungen und Projekte für Lichtenberg in Form einer digitalen Karte und wenn möglich als maschinenlesbare Daten auf der Open Data Plattform Berlin vom Bezirksamt bereitgestellt werden kann. Dabei sollen sowohl die bezirkseigenen Einrichtungen und Förderträger als auch die nicht bezirkseigenen Einrichtungen und Initiativen verzeichnet sein. Es soll auch geprüft werden, inwieweit es möglich wäre, dort direkt via Web-Link auf die aktuellen Angebote der Träger zu verweisen.
- **Einzugsbereiche Grundschulen grafisch darstellen**
Fraktion der SPD, Fraktion der CDU: Das Bezirksamt soll die Einzugsbereiche der Grundschulen für die bessere Übersicht auch grafisch darstellen und entsprechend aufbereitet auf der Homepage des Bezirksamtes zur Verfügung zu stellen. Das bedeutet, dass die jeweils aktuellen Einzugsbereiche sowie die aktuellen Änderungen hierzu anhand eines Stadtplanes mit farbiger Untermauerung des Einzugsbereiches für jede Grundschule einzeln dargestellt werden sollen.
- **Umweltengagement anerkennen**
Fraktion der CDU: Das Bezirksamt soll Lichtenberger Unternehmen bei ihrem ökologischen Engagement so unterstützen, dass Zertifizierungsprozesse erfolgreich abgeschlossen werden können. Im Fokus sollte dabei die

Möglichkeit stehen, sich als Unternehmen lokal und regional einzubringen. Mit dem Senat und entsprechenden Zertifikatsgebern sollte ausdrücklich für den regionalen Einsatz geworben werden.

– **Umweltschonende Bestreuung im Winter ermöglichen**

Fraktion der CDU: Das Bezirksamt soll bei der Nachbestellung von Streugut in der bezirklichen Verantwortlichkeit auf umweltschonende Alternativen zum Streusalz umsteigen und auch beim Senat den Einsatz solcher Mittel einfordern. Zur Verbesserung der Qualität des Stadtgrüns ist es erheblich, welche Mittel durch den Bezirk ausgebracht werden. Dabei könnten Kies oder nachhaltige Granulate den gleichen Nutzen bringen und weniger Schaden anrichten.

– **Einsatz für koordinierten ruhenden Verkehr in den Quartieren**

Fraktion der CDU: Das Bezirksamt soll im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2024/2025 beim Berliner Senat dafür werben, den Bezirken ein geeignetes Maß an Mitteln für die Planung von Quartiersgaragen sowie deren Umsetzung zur Verfügung zu stellen. Die weitere Verdichtung der Stadtteile führt zu immer neuen Problemen für Anwohnende, ausreichende Stellplätze zu finden. Hinzu kommt der stärker werdende Wunsch, Autoverkehr in Wohngebieten zu reduzieren. Eine Lösung dieser Entwicklung kann es sein, stärker als bislang Quartiersgaragen als zentrale Mobilitätsstationen in den Kiezen einzusetzen.

– **Hand in Hand: Neue Kitaplätze und weitere soziale Infrastruktur**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Das Bezirksamt soll prüfen, ob bei künftigen Planungen des Bezirksamts für Kitaneubauten soziale Infrastrukturbedarfe, wie z. B. Ambulanzen, Jugendfreizeiteinrichtungen, Wohnungen, auf dem Grundstück mit gedeckt werden können. Private Vorhabenträger zeigen, dass neue Kitaplätze und weitere soziale Infrastruktur auf einem Grundstück Hand in Hand gehen können.

– **Sichere Schulwege - Verkehrskontrollen vor Grundschulen**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Das Bezirksamt soll die Schulwegsicherheit stärker in den Blick nehmen und gemeinsam mit dem Ordnungsamt und ggf. der Polizei systematisch über Monate hinweg morgendliche Kontrollen vor Grundschulen im gesamten Bezirk durchführen. Neben dem Ahnden von Ordnungswidrigkeiten und dem Umsetzen von Fahrzeugen, geht es auch um sensibilisierende Gespräche bezüglich so genannter „Eltern-Taxis“.

BVV Reinickendorf

– **Hyperlokale Impfkampagne in Reinickendorf starten**

Fraktion der CDU: Das Bezirksamt soll eine hyperlokale Impfkampagne im Bezirk starten, um für die Covid19-Auffrischungsimpfung in cityfernen Ortsteilen zu werben. Bei der Standortauswahl sollen vornehmlich diejenigen geprüft werden, die von den Bürgerinnen und Bürgern im Alltag aufgesucht werden, um ein niedrighschwelliges Impfangebot zu unterbreiten. Im dritten Coronawinter sind derzeit nur 12,4 Prozent der Berlinerinnen und Berliner

geimpft, obwohl genügend Impfstoff zur Verfügung steht. Nach wie vor sind schwere Krankheitsverläufe nicht auszuschließen, weshalb eine Impfung - insbesondere für Risikopatienten - sinnvoll ist. Um neuen Schwung in die Impfkampagne zu bringen, kann der Bezirk die Menschen vor Ort aufsuchen und über das Für und Wider von Erkrankungen informieren.

– **Fahrradständer schneller von Schrotträdern befreien**

Fraktion der FDP, Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Das Bezirksamt soll entsprechend den gesetzlichen Regelungen vermehrt und regelmäßiger öffentliche Plätze und Fahrradständer kontrollieren und ggf. herrenlose Fahrräder entfernen, um Abstellmöglichkeiten wieder nutzbar zu machen.

– **Arbeitsfähigkeit der Reinickendorfer Verwaltung nicht gefährden!**

Fraktion der CDU: Das Bezirksamt soll die von der Senatsverwaltung für Finanzen zur Verfügung gestellten zusätzlichen Stellen gleichmäßig auf alle Abteilungen des Hauses verteilen, um die Arbeitsfähigkeit des Bezirksamtes nicht zu gefährden. Im Rahmen der Verstärkung der kommunalen Verwaltung erhielt das Bezirksamt Reinickendorf von der zuständigen Senatsverwaltung für Finanzen zusätzliche Personalmittel, um insgesamt 27,67 Vollzeitäquivalente (VZÄ) zu schaffen.

– **Bundesprogramm "Zukunftspaket für Bewegung, Kultur und Gesundheit"**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion der SPD, Fraktion der FDP: Das Bezirksamt soll prüfen, inwieweit sich der Bezirk als Träger der öffentlichen Jugendhilfe an dem Bundesprogramm "Das Zukunftspaket für Bewegung, Kultur und Gesundheit" beteiligen kann. Des Weiteren soll das Bezirksamt bei den im Bezirk tätigen freien Trägern der Jugendhilfe auf dieses Bundesprogramm aufmerksam machen.

II. Vorschau auf Veranstaltungen des KBB

► **Präsenz-Seminar: Welche Möglichkeiten haben Sie als Berliner EU-Bürgerin oder -Bürger ohne deutschen Pass, sich in der Bezirkspolitik zu engagieren?**

Zeit: Donnerstag, 09. Februar, 18.00 – 20.00 Uhr

Ort: Sozialwerk Berlin e.V., Humboldtstr. 12, 14193 Berlin

► **Online-Seminar: Einführung in die Arbeit der BVV für neugewählte Bezirksverordnete.**

Zeit: Dienstag, 28. Februar, 17.00 – 19.00 Uhr

Verbindliche Anmeldung unter der Mailadresse info@kbb-berlin.de.

App „Berliner BVV-Inspektor“ des KBB jetzt mit verbesserter Suchfunktion

Unser BVV-Inspektor wurde für Sie weiter optimiert. Ein neuer Suchalgorithmus ermöglicht eine noch bessere Suche, die eine Geschwindigkeitssteigerung um mehr als den Faktor 20 bewirkt, die Suche nach mehreren Suchbegriffen ermöglicht und auch eine Suche nach ähnlichen Schreibweisen und das Ausblenden von Tippfehlern realisiert. Veränderte Anforderungen an die Suche können nun flexibel umgesetzt werden, beispielsweise um weitere Synonyme oder eine veränderte Gewichtung z.B. des Erstellungsdatums einer Drucksache.

Die App führt die Online-Angebote der 12 Berliner Bezirksverordnetenversammlungen zusammen. Sie durchsucht nach Ihren Vorgaben die Webseiten aller BVVen. Wo Sie bisher die Webseiten der Bezirksverordnetenversammlungen einzeln aufrufen mussten, können Sie jetzt mit einer Eingabe berlinweit recherchieren.

Der Berliner BVV Inspektor ist ein kostenloses Angebot des Kommunalpolitischen Bildungswerkes Berlin e.V. (KBB).

Hier gelangen Sie zur App für iPhones und Android-Geräte:
<https://www.apmato.com/asr?app=BVVINSPEKTOR>



Das Kommunalpolitische Bildungswerk Berlin e.V. (KBB)

Wir, das Kommunalpolitische Bildungswerk Berlin e.V. (KBB), wollen die praktische kommunalpolitische Arbeit nachhaltig unterstützen und Interessierte an die Kommunalpolitik in Berlin heranführen. Mit unserer Arbeit wollen wir zum staatsbürgerlichen Handeln befähigen, das demokratische Gemeinwesen befördern und die Belange der Selbstverwaltung im Rahmen des europäischen Einigungsprozesses wahren.

Unser Angebot umfasst Fachseminare, Fachtagungen, Kurse und Info-Treffs. Wir geben Publikationen heraus und pflegen den Informationsaustausch.

Mit unserer Arbeit möchten wir alle kommunalpolitisch Interessierten in Berlin erreichen, insbesondere kommunale Amts- und Mandatsträger.

Die Arbeit des Kommunalpolitischen Bildungswerks Berlin e.V. wird gefördert durch die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie.

